

Deutschland und die EU unter der Knute der Finanzwirtschaft

Prof. Michael Nier

Im Jahr 334 vor unserer Zeitrechnung soll Alexander der Große den Gordischen Knoten entweder mit dem Schwert zerschlagen oder einfach den Pflock gezogen haben, um den das Tau an der Wagendeichsel gewickelt war. Diese Symbolik einer radikalen Lösung ist aktuell. Doch was machen unsere Politiker? Sie sitzen um den Gordischen Knoten, den die Finanzoligarchie über Jahrzehnte hat knüpfen dürfen und zupfen dumm herum. Das Zerschlagen des Gordischen Knoten, d.h. des Finanzimperialismus und der Globalisierung durch transnationale Konzerne, wäre Revolution oder wenigstens das, was in der Computersprache „Reset“ genannt wird. Wer den Reset-Knopf drückt, startet das System durch Zurücksetzen auf einen definierten Anfangszustand neu. Ob Schröpfen der Reichen, Renationalisierung der Wirtschaft, Autarkieprogramme und internationaler Tauschhandel (Bartergeschäfte) ein erträglicher Zustand sind, wird die Zukunft zeigen. BMW muss gegenwärtig aus Argentinien Leder, Fahrzeugteile und Agrarprodukte beziehen, sonst dürfen ihre Fahrzeuge nicht dort im Lande verkauft werden. Porsche musste Wein kaufen. Die argentinische Regierung hatte beschlossen, so einen ausgeglichenen Handel zu erzwingen.

Die DDR hatte einst trüchtige Kühe nach Italien geliefert und wurde mit Zitronen beliefert. In der Sowjetunion musste die DDR Ölpipelines bauen und wurde dafür mit Öl aus Sibirien bedacht. Im Dritten Reich liefen viele internationale Geschäfte auch auf diese Weise und man brauchte keine Devisen. Klappt also. Aber wir sind noch ein ganzes Stück vor irgendwelchen Lösungen der gegenwärtigen globalen Krise. Ja vielleicht gibt es gar keine weiche Lösung, sondern nur einen harten oder ganz harten Schnitt. Oft flüchten die Verantwortlichen in Kriege. Die USA und mit ihnen der ganze Westen im Schlepptau, sind auf dem Kriegspfad. Die Bundeswehr wird dafür umgebaut. Der Libyenkrieg war von einer neuen Qualität. Durch das neue Aggressionskonzept der „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect), das seit 2001 durch UN und USA entwickelt worden ist, können nun „guten Gewissens“ Kriege geführt werden, wenn es gelingt regierungsfeindliche Kräfte in den Zielländern eines Angriffs durch den Westen zum Aufstand zu bewegen. Dann muss man sie und die dafür vorgeschobene Zivilbevölkerung vor der rechtmäßigen Regierung des Landes schützen und kann die lange gewollte Invasion durchziehen. Libyen war der Präzedenzfall. Aber, wie wir wissen, war der letzte große Sieg der USA in einem Krieg die Invasion in Grenada (100 Tausend Einwohner auf einigen Inseln) im Jahr 1983. Die anderen Kriege haben sie sieglos, aber mit exorbitanten Gewinnen für den industriell-militärischen Komplex beendet. Die USA scheinen sich jetzt mit den lange geplanten Kriegen in Asien beeilen zu wollen, bevor ihnen China über den Kopf wächst. Die gegenwärtige Wirtschafts-, Finanz- und politische Krise in den USA macht eine solche aus Verzweiflung geborene Lösungsstrategie wahrscheinlicher.

Die Krise in patriotischer Sicht

Eine patriotische Sicht muss immer eine der Sache gerecht werdende Sicht sein. Sich zu belügen, bringt nur Schaden und kann letztlich sogar tödlich sein. Die offiziellen Verlautbarungen zur Finanzkrise und zur Lage der Euro-Zone müssen oberflächlich und verwirrend sein, denn sonst würden die Leute die Banken stürmen und die Läden leerkaufen. Da würde auch eine vierte verbale Versicherung von Frau Merkel nichts mehr nützen, dass alle Konten aller Bürger sicher seien. Das Beschwindeln durch die Medien klappt ganz gut, denn die Deutschen sind ein braves Volk und immer noch im Glauben an die Obrigkeit. Die wachsenden schlechten Erfahrungen haben sie bisher nicht eines besseren belehrt. Die Deutschen haben durch Amerikanisierung, kosmopolitischen EU-Illusionismus, libertäre Demoralisierung, verfälschte Nationalgeschichte, politische Naivität und Orientierung auf Konsum als Lebensweise einen großen Verlust an geistiger Selbstbestimmung erleiden müssen. Das spiegelt sich auch im System der politischen Institutionen wider. Es gibt keine erfolgsorientierte politische Bewegung gegen den Finanzimperialismus und die Herrschaft der transnationalen Konzerne. Wenn wir die Politik der Bundesregierungen in dem bisherigen Jahrtausend anschauen, dann haben SPD und Grüne, FDP und CDU/CSU identische Politik für die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals der Finanz-, Industrie und Handelskonzerne gemacht. Sozialabbau zur Kostensenkung war gewünscht. Der Niedriglohnsektor wuchert in Deutschland. Selbst die ehemalige PDS hatte in Gestalt der damaligen Sozialministerin Martina Bunge die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gebilligt. Es gibt in Deutschland derzeit keine echte und ehrliche politische Opposition. Es gibt nur harmloses Oppositionstheater. Die Medien haben ihre wirtschaftliche und politische Aufklärungsfunktion auch weitgehend eingestellt. Erscheinungen werden zusammenhangslos oder falsch bewertet dargestellt. Wissenschaftliche Mietmäuler verklären die Lage. Krisenpolitiker verkünden Lösungen der Schuldenkrise im Euro-Raum, die am nächsten Morgen schon überholt sind. Über Aktien und Börsen wird vor der Tagesschau der ARD als extrem wichtig berichtet, über die Realwirtschaft kaum. Die Immobilienkrise wird reduziert auf komischerweise zu niedrige Zinsen, kriminelle Kreditvermittler und gierig-dumme Hauskäufer. Die Staatsschuldenkrise in den PIIGS wird auf die traditionelle Misswirtschaft, Korruption, Konsumlust und Faulheit der dortigen Bewohner geschoben. BILD ist kräftig dabei. Auch den Deutschen wird von den Reichen gesagt, besonders die Armen hätten über ihre Verhältnisse gelebt. Eigentlich alles Blödsinn, aber wir hören ihn täglich zur Gehirnwäsche. Dabei geht es in der Welt und bei uns doch ganz anders zu.

Wie an der Eidgenössischen TH Zürich durch Stefania Vitali, James B. Glattfelder und Stefano Battiston in der Studie „The network of Global corporate control“ herausgefunden wurde, bestimmen 147 transnationale Konzerne, einschließlich Banken, das wirtschaftliche Geschehen der Welt. Die Forscher haben aus der Datenbank Orbis aus dem Jahr 2007 mit 37 Millionen Firmeneinträgen 43069 Firmen mit ihren Verflechtungen untersucht. 1318 Firmen gehört die Mehrheit der sogenannten BlueChip-Konzerne. Eine Supergruppe von 147 Konzernen gehört sich wechselseitig. Dort sind alle bekannten und weniger bekannten „großen Adressen“ verzeichnet. Ich nenne die ersten 25:

1. Barclays plc,
2. Capital Group Companies Inc,
3. FMR Corporation,
4. AXA,
5. State Street Corporation,
6. JP Morgan Chase & Co ,
7. Legal & General Group plc,
8. Vanguard Group Inc,
9. UBS AG,
10. Merrill Lynch & Co Inc ,
11. Wellington Management Co LLP,

12. Deutsche Bank AG, 13. Franklin Resources Inc, 14. Credit Suisse Group, 15. Walton Enterprises LLC, 16. Bank of New York Mellon Corp, 17. Natixis, 18. Goldman Sachs Group Inc, 19. T Rowe Price Group Inc, 20. Legg Mason Inc, 21. Morgan Stanley, 22. Mitsubishi UFJ Financial Group Inc, 23. Northern Trust Corporation, 24. Société Générale, 25. Bank of America Corporation.

Ich beziehe mich auf Ausführungen in: Alles Schall und Rauch: Das Netzwerk der globalen Konzernkontrolle.

<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2011/10/das-netzwerk-der-globalen.html#ixzz1dIC2TduI>.

In dem Artikel wird auch empfohlen, sich das in den Konzernen tätige Topmanagement in seinen familiären Verflechtungen anzuschauen. Man würde Bauklötzer staunen.

Ohne jetzt jeden Gedankenschritt mit umfassenden Erklärungen zu versehen, kann man die heutige Herrschaft der Finanzoligarchie zusammenfassen.

1. Es gibt wirklich eine Herrschaft der Finanzoligarchie und das ist keine böswillige Behauptung. Die Finanzoligarchie wird entwicklungsnotwendig zur wichtigsten Gruppe im Kapitalismus und hat letztlich die absolute Dominanz. Sie ist ein ökonomisch bedingtes, gesellschaftliches Verhältnis absoluter und absolutistischer Herrschaft.

2. Diese Finanzoligarchie hat ihre Wurzeln und ihre Heimat vor allem im angelsächsischen Raum.

3. Ihre Währung ist heute der US-Dollar und dieser ist als Weltreservewährung zu sichern.

4. Ihr Geldsystem beruht auf der Geldschöpfung durch eigene Zentralbanken und andere Privatbanken sowie das Zinseszinsystem.

5. Geld entsteht durch Verschuldung und durch das Zinseszinsystem müssen Verschuldung und Wirtschaft immerzu wachsen bis in eine zerstörerische Situation, die historisch gesetzmäßig eintreten wird.

6. Die Finanzoligarchie besitzt die kulturelle Hegemonie.

7. Im Zentrum der kulturellen Hegemonie steht der Neoliberalismus. Neoliberalismus ist Machtideologie und Herrschaftspraxis der Übernahmen der Verfügung über die Welt durch die Hochfinanz. Sie ist die Ausschaltung des Marktes und zugleich die Herstellung einer Marktillusion bei den Massen, die gegeneinander um ihre Überlebensbedingungen konkurrieren.

8. Die Finanzoligarchie ist international unter Führung der US-Eliten vernetzt und integriert die Oberschichten der Länder des Westens in ihr Herrschafts- und Belohnungssystem.

9. Der militärische Arm der Finanzoligarchie sind die US-Streitkräfte und Dienste mit ihren Verbündeten.

10. Die UN und die Masse der internationalen Organisationen sind in die Strategien des Westens eingebunden und auch die Nichtregierungsorganisationen sind vorwiegend im Gleichklang mit westlichen Interessen oder besetzen ideologische Spielplätze.

11. Auch die Wissenschaft ist in die Strategiebildung und Propaganda der Finanzoligarchie eingebunden. Der Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank zeigt das drastisch.

12. Die Finanzoligarchie bestimmt alle Sphären der Politik vom Bildungswesen bis hin zur Rüstung. Wir haben einen neuen totalitären Weltentwurf, wonach das gesamte gesellschaftliche Leben den Kriterien der Kapitalverwertung unterworfen werden muss. Alles muss sich rechnen. Was sich nicht rechnet, wird nicht mehr gemacht. Was keinen Profit bringt, wird zerstört oder für wirtschaftliche Verwertung passend gemacht.

Wenn man unter diesen Gesichtspunkten die Krise im Euro-Raum untersucht, wird man finden, dass die USA und Großbritannien auch Weltpolitik gegen die globalen Machtendenzen der EU machen. Die EU ist der stärkste Wirtschaftsraum der Welt mit Deutschland im Zentrum und der Euro könnte die Chance zur Ablösung des Dollars als Weltreservewährung haben. Ein Ersetzen des Dollars als Weltreservewährung durch den Euro würde den wirtschaftlichen Kollaps der USA herbeiführen. Die USA hatten ein Interesse am Euro, weil sie mit ihren frischen Dollars eine anerkannte Währung kaufen konnten und der Euro mit Dollars als Währungsreserve hinterlegt wurde. Kein schlechtes Geschäft. Das Welt-Geschäftsmodell der USA ist der Import von Gütern aus aller Welt durch Bezahlung mit frisch gedruckten oder geschöpften Dollars. Man glaubte, sich mit diesem Modell mühelos den von anderen in der Welt erarbeiteten Reichtum aneignen zu können. Großbritannien hat das gleiche falsche Modell praktiziert. Damit sind sie in ihre eigene Falle gelaufen. Die USA sind dadurch in den letzten 30 Jahren weitgehend entindustrialisiert worden und außer mit Militärtechnik nicht mehr konkurrenzfähig. Große Teile ihrer Industrie stehen heute in China und Lateinamerika. Die USA können bisher die Annahme des Dollars durch ihre absolute militärische Macht erzwingen. Erdölstaaten, die nicht mehr ihr Öl gegen Dollar verkaufen wollten oder gar eine neue Goldwährung anstrebten, wurden militärisch bestraft oder die Bestrafung ist geplant.

Die gegenwärtige Eurokrise ist eine Erscheinungsform der Krise des westlichen Geldsystems. Es sind Grenzen der Staatsverschuldung erreicht. Es handelt sich einerseits um eine Krise in der EU und der EU generell, andererseits aber auch eine Krise im Verhältnis USA und EU. Die EU ist der Versuch, ein Großreich der transnationalen Konzerne, vornehmlich deutscher, niederländischer und französischer, über ganz Europa zu errichten, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern. Die zentrale Freiheit der EU ist die Kapitalverkehrsfreiheit, d.h. großes Geld kann in diesem Europa machen, was es will und wird in der Regel noch mit Mitteln aus der EU gefördert. Dafür haben wir die EU-Kommission als zentrales Diktaturorgan. Ihre zentrale Aufgabe ist Deregulierung und

Regulierung für Konzerne. Dass die Gurken nicht mehr krumm sein durften, war dem Lobbyismus der Handelskonzerne geschuldet, die berechneten, dass krumme Gurken beim Transport mehr Platz brauchten, als gerade Gurken. Regulierungen, wie das Verbot der traditionellen Glühbirne sollten dem Konzern bessere Chancen bieten, der durch die sogenannten Energiesparlampen mehr Profit machen wollte. Es ist klar, dass dieses Diktatororgan und andere Strukturen vor einer Demokratie von unten geschützt werden müssen. Die Strukturen der EU entsprechen deshalb nicht den Kriterien bürgerlicher Demokratie. Obwohl in den die EU tragenden transnationalen Konzernen Kapital aus den USA und Großbritannien steckt, scheint es doch durch die regionale Verwurzelung der Konzerne in Westeuropa eine eigene, von den USA verschiedene Interessenlage zu geben. Die Konzerne existieren in Form von realwirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Unternehmen in den Ländern. Es hat also Standorte seines Wirkens, die relativ stabil sind, wo sich das Management angesiedelt hat, man die Lebensqualität genießt und die deshalb in der Regel nicht so schnell aufgegeben werden können. Von da aus strebt das Kapital nach optimaler Verwertung und ist immer auf der Suche nach optimalen Bedingungen auch anderswo. Und da kollidiert es mit Konzernen und Eliten, die ihren Schwerpunkt in anderen Weltregionen haben. Jeder Konzernlenker muss erfolgsorientiert arbeiten und wird mit Konkurrenten kollidieren. Es gibt schlicht und einfach eine Konkurrenz der Kapitale im Weltmaßstab, die sich auch in politischen Interessengegensätzen mehr oder weniger scharf zeigt. Das fungierende Kapital, d. das unternehmerische, ist immer national und international. In der Krise wächst die Bedeutung der nationalen Momente. Dem jeweiligen regional oder kontinental aufgestellten Kapital ist immer das Hemd näher als der Rock.

Nun aber ist eine kritische Situation weltweit entstanden. Alle wesentlichen Länder der Welt haben das gleiche Geldsystem, auch wenn sie unterschiedliche Währungen haben. Dieses Geldsystem ist – wie von mir schon erklärt – ein Schuldgeldsystem und in diesem System haben wir den eingebauten Entwicklungstrieb eines Wachstumszwangs durch Kreditfinanzierung und Zinseszins. Wenn dieses Wachstum durch Kreditfinanzierung nicht mehr weitergeht, weil universelle Verschuldung von Staaten, Regionen, Gemeinden, Unternehmen und Personen stattgefunden hat, ihre Kreditwürdigkeit verloren ist und der Konsum abbricht, bricht im System Panik aus. Diese Panik ist derzeit nicht nur in den USA und Europa, sondern beginnt auch in China. Die USA und Großbritannien handeln derzeit nach der Devise „Haltet den Dieb!“. Vermittels ihrer Verflechtung mit Eliten in Europa, ihrer Macht über die Medien der Finanzwirtschaft und die Massenmedien haben sie die EU zum Weltfinanzkrisengebiet Nr. 1 erklärt und mischen kräftig mit bei der Verschärfung der Situation, nicht zuletzt durch die Ratingagenturen. Die katastrophale Verschuldung der USA und Großbritanniens wird ausgeblendet und die Eurokrise mit allen den USA verfügbaren Mitteln angeheizt. Freunde und Vasallen werden eingesetzt. Überall setzt man Leute aus der Finanzbranche an die Spitzen der Regierungen und auch die EZB hat nun einen ehemaligen Goldman-Sachs-Banker als Chef. Die Ratingagenturen der USA sind gegenwärtig Propagandakompanien im Währungs- und Finanzkrieg. Die 1994 gegründete chinesische Ratingagentur „Dagong Global Credit Rating Co. Ltd.“, die natürlich keine Zulassung für die USA bekommen hat, wird in den deutschen Medien kaum erwähnt. Bei den US-amerikanischen Ratingagenturen wird wenig Wert auf die Analyse der Rückzahlungsfähigkeit von Kreditschulden gelegt. Bei Dagong wird dagegen Wert auf die Bewertung von

wohlstandsschaffenden Kapazitäten einer Volkswirtschaft und Devisenreserven gelegt. Für die USA gibt es bei Dagong nur ein „AA“ mit negativer Tendenz, Frankreich hat „AA-“, und für Deutschland gibt es ein „AA+“. China bekam auch ein „AA+“. Nichts mit dem frech propagandistischen „AAA“ für die USA, Deutschland und Frankreich. Für Belgien, Spanien und Italien gab es ein „A+“. Allein Schweiz, Singapur, Neuseeland, Australien, Norwegen und Dänemark hatten ein „AAA“ bekommen. Das war der Stand von Juni 2011.

Gegenwärtig verschärft sich die Euro-Krise weiter. Die Zinsen für Staatsanleihen steigen für alle Krisenländer und die Politiker der Hochfinanz versuchen mit gewaltigen Tricks diese Systemkrise zu deckeln. Schulden sollen mit weiterer Verschuldung zugedeckt werden. Wer noch nicht genug Schulden hat soll sich höher verschulden und wo noch Wohlstand zu sein scheint, soll er radikal abgesenkt werden, um die Banken zu sanieren. Die EZB kauft mit frisch geschöpftem Geld Anleihen der europäischen Schuldenstaaten auf. Das muss sie tun, damit die bei Banken und Versicherungen in USA und Großbritannien abgeschlossenen Kreditausfallversicherungen nicht fällig werden und der undurchsichtige Derivatehandel mit wahrscheinlich 600 Billionen Dollar nicht kollabiert. Die Regierungen aller Staaten der EU und besonders des Euro-Raumes haben den schon seit Jahren laufenden Sozialabbau vom neoliberalen Typ zu beschleunigen. Deutschland hat schon seit 20 Jahren systematischen Sozialabbau erlitten und seine Produkte verbilligt, die europäische Konkurrenz an die Wand gespielt oder direkt vernichtet. Deutschland war lange Zeit Exportweltmeister, bis China nach vorn rückte. Deutschland ist aber immer noch das exportstärkste Land der EU und dominiert den Handel in der EU. Gehen dort die Lichter aus, bekommt Deutschland eine veritable Krise und einen großen Schub an Arbeitslosigkeit. Schon heute läuft der Export in die EU-Staaten über Kredite und über Target2-Gelder, welche die Bundesbank nach Süden zu den dortigen Zentralbanken schickt, weil dort die Bürger ihr Geld abheben und nach Deutschland oder der Schweiz transferieren. Es werden wohl zum Jahresende 2011 über 500 Mrd. € sein. In die PIIGS haben die deutschen Banken Kredite von 399 Mrd. € vergeben, 7 594 € pro Beschäftigten in diesen Ländern. Das Geld wird nicht zurückkommen. Also muss Rabenvater Staat seinen eigenen Bürgern/ Kindern den Teller wegnehmen, um ihn zu den Banken zu schieben.

In der „Wirtschaftswoche“ vom 14.11.2011, S. 156, wird unter der Rubrik „Trend der Woche“ folgende Überschrift gebracht. „Von wegen entschärft. Die Politik schimpft über die Banken, aber die Banken sitzen in jeder Rettungsrunde mit am Tisch“. Vernichtend ist folgende Aussage zur ganzen Euro-Retterei: „Eine derartige Scheinkonstruktion wie die EFSF taugte inzwischen nicht einmal mehr, um am grauen Kapitalmarkt kleinen Sparern Geld aus der Tasche zu ziehen. Dauert halt immer ein bisschen, bis man erkennt, dass Rettungspakete konstruiert sind wie Schneeballprodukte am Kapitalmarkt. Mehr Schein als Sein. Alles soll möglichst professionell wirken, aber wenig verraten. Deshalb erfindet man wohl auch den ganzen Buchstabensalat à la Soffin oder EFSF. Da fragt sich der Bürger natürlich: Wer denkt sich dies alles aus? Dafür sind Bürokraten in Brüssel ja eigentlich nicht kreativ genug. Wer macht das dann? Es sind die Banker, die Politiker beraten.“

Wir können feststellen, dass also wirklich die Finanzbranche die ihnen nützlichen und sie rettenden Rettungsfonds selbst schmiedet. Es geht nicht mehr um Realwirtschaft, sonst würde man die Volkswirtschaften durch „Rettung“ ja nicht abstürzen lassen. Außerdem wird es ihrer

Meinung nach immer für den Dienstwagen aus Stuttgart-Untertürkheim und das Spielzeug aus Stuttgart-Zuffenhausen reichen. Das glauben die „Eliten“ zumindest. Die Politiker sind so was wie Handpuppen, die durch die Vertreter der Finanzoligarchie bewegt werden. Frau Merkel wird wahrscheinlich durch Herr Ackermann bewegt. Wolfgang Schäuble als ehemaliger Finanzbeamter versteht wenigstens die Zusammenhänge und Hintergründe. Er ist eine aktive Handpuppe, die selber noch etwas zappeln kann. Mehr auch nicht.

Die Scheinlösung der EU-Krise oder ihr weiteres Verschleppen wird wohl durch die Notenpresse der EZB geschehen. Inflation ist angesagt. Die gleiche Politik machen die FED und die Bank von England, beides Banken, deren Eigentümer die Hochfinanz ist, die damit finanzpolitische Staatsaufgaben in ihrem Sinne wahrnehmen. Eigentlich eine ungeheuerliche Unverschämtheit. Bei der Bank von England ist in den ganzen Erwartungen gegenüber der Euro-Krise auch die alte Gegnerschaft gegenüber Deutschland mit zu kalkulieren. Großbritannien und die USA sind in einer wirtschaftlich und finanziell viel schlimmeren Lage als der Euro-Raum. Deshalb sollen die verhassten und verachteten Deutschen die ganze Zeche der Hochspekulation und des Kreditwahns bezahlen und sich damit tödlich schädigen. Es sieht so aus, als würde die Bundesregierung darauf eingehen und mitmachen. Deutschland soll in die Rolle von Jesus Christus schlüpfen und alle Schuld(en) der Welt auf sich laden. Dieses Mal ist es nicht nur religiöses Marketing, sondern knallharte Weltpolitik.

Lösungsmöglichkeiten für die Euro-Krise

Dabei wären doch die Lösung recht einfach, wenn es auch zu ziemlichen Turbulenzen käme und die Hochfinanz auf ein erträgliches Maß zusammenschumpeln würde. Die mit dem Geldsystem verbundenen parasitären Strukturen der Hochfinanz könnte man zusammenkrachen lassen. Man kann im Einvernehmen oder auch ohne Einvernehmen Schulden streichen, auch Staatsschulden. Es gibt überhaupt keinen Grund, den Banken das selbst geschöpfte und an irgendwelche Schuldner verliehene Geld zu ersetzen, es sei denn die Politik ist direkt von der Finanzwirtschaft abhängig, ihr hörig oder von ihr direkt beauftragt. Natürlich stockt erst mal der Welthandel und die Bananen im Laden gibt es wie in der DDR erst am Freitag ab 16 Uhr, wenn die Arbeiter von Schicht kommen. Manchmal bekamen sie auch ein Tütchen mit den Bananen in der Betriebsverkaufsstelle, das ihnen nicht selten sogar an den Arbeitsplatz gebracht wurde. Das habe ich als Trabantbauer am Montageband bei VEB Sachsenring in Zwickau selbst erlebt. Auch das Wernesgrüner Export (jetzt Bitburger) oder das Radeberger Pilsener (jetzt Oetker-Gruppe), einst das Tafelgetränk der Genossen der SED-Bezirksleitung Dresden, gab es nicht immer und nicht für jeden. So lange kein tödlicher Mangel herrscht, ist die finale Krise des jetzigen Finanzsystems auszuhalten. Schließlich haben wir volkswirtschaftliche Substanz und enorme Potentiale für eine Reorganisation. Es wird wieder um Realwirtschaft gehen.

Schon jetzt wird festgesellt, dass die Dax-Konzerne Europa nicht unbedingt brauchen, weil sie von hier aus in anderen Kontinenten viel Geld verdienen. „Eine Auswertung der DZ Bank auf Basis der Geschäftsberichte 2010 zeigt, dass der Europa-Anteil an den Umsätzen der Dax-Unternehmen manchmal nur 20 % beträgt.“

(Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.11.2011, S. 45) Konzerne, die über 50 % ihres Umsatzes außerhalb Europas erzielen, sind : Fresenius Medical Care, Linde, Bayer, Daimler, Heidelberger Cement, Fresenius SE, Adidas, Merck KGaA, Infineon und BMW. Deutschland hat auch in der mittelständischen Industrie viele Weltmarktführer, auf welche die Welt eben nicht verzichten kann.

Natürlich würden Schuldenschnitte weltweit Turbulenzen bringen und in Europa würden die Ungleichgewichte der Volkswirtschaften sich dramatisch auswirken. Aber schon heute kaufen die Bürger in den PIIGS immer weniger und die Investitionen sind eingebrochen. Noch exportieren die deutschen Konzerne auf Kredit in die PIIGS. Natürlich gäbe es politische Dramatik. Solche Dramatik wird auch gebraucht, um die Banken an den Pranger stellen zu können und sie sozusagen dem Volk zum Fraß vorzuwerfen. Derzeit gibt es die Occupy-Aktionen. Die sind noch in einer harmlosen Phase. Falls die von den Banken projektierten Euro-Rettungsstrategien nicht umsetzbar sind und Staatsbankrotte zu Bankrotten von Banken, Versicherungen und Schattenbanken führen, sind drei Möglichkeiten offen:

1. Anheizen der Inflation durch Gelddrucken der EZB, indem sie alle faulen Papiere kauft und die Finanzbranche wieder refinanziert, damit die weiterspielen kann.
2. Eine Währungsreform mit der Entwertung aller Bar- und Papiervermögen.
3. Erneute Einführung eines Goldstandards im Weltwährungssystem, nachdem seit dem 15. August 1971 die USA die Einlösung von international kursierenden Dollars in Gold beendeten.

Ich vermute, weil das die fürs Finanzkapital günstigste Lösung ist, dass man 1. und 2. verbinden wird. Doch, wenn wir schauen, wie Zentralbanken – besonders auch die Chinesen – ihre Goldreserven aufstocken, dann könnte sich am Horizont auch ein neuer Goldstandard zeigen bzw. irgendeine Variante davon. Wissende und Ahnende kaufen, wenn sie freies Geld haben, wie wild Gold und Silber. Lebensversicherungen und Bausparverträge werden dafür aufgelöst.

Falls die Varianten 1. und 2. zum Tragen kommen, dann entsteht grenzenlose Wut unter der Bevölkerung. Die Deutschen haben die Inflation 1923, die Währungsreform 1948 und die Ossis den vorwiegenden 2 : 1 Umtausch der DDR-Mark in die DM erlebt. (Kinder bis 2 000 Mark, Erwachsene 4 000 Mark und Rentner 6 000 Mark zum Kurs 1 :1.) Dann wird sich das auch noch mit Austeritätsmassnahmen verbinden, wie sie der IWF in den PIIGS mit den dortigen Regierungen durchziehen lässt. Neoliberaler Sozialabbau und Privatisierung als Exzess. Einen Teil haben die Deutschen schon in den letzten 20 Jahren mit Lohnsenkungen, Sozialabbau, „Privatisierungen“ von Bahn, Post und Telekommunikation sowie Rechtsveränderungen ertragen. Da kann in einer Krise aber noch mehr weggestrichen werden. Bei den sogenannten Besserverdienenden ist die Meinung vorhanden, dass es denen, die es ja nicht besser verdienen, immer noch zu gut gehe. Die - vielleicht kommende - neue Rechtspartei ist von so einem Kaliber.

Kommen unten die Wahrheiten an, wird es oben brenzlich

Die Deutschen suchen in der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise geistigen Halt. Doch niemand erklärt ihnen die Lage und deren Ursachen wirklich. Wozu auch. Politik lebt schließlich davon, dass sie die Bürger im Ungewissen lässt und die Parteien Hoffnung auf sich ziehen, um ihren Spitzenleuten weiter ein hohes Einkommen über politische Mandate zu sichern. Politik ist ein zwar verachteter, aber bürgerlicher Beruf. Allensbach hat den Banker in der Reihe der beliebtesten Berufe (Arzt 82%, Krankenschwester 67%, Hochschulprofessor 33%...) bei 4% gefunden. Der Politiker kriegte 6%. Ganz unten war der Fernsehmoderator. Von der Finanzwirtschaft können wir keine Aufklärung erwarten, denn schließlich soll unser erarbeitetes Geld einen Wohlstandsgewinn der Beschäftigten eben dieser Finanzbranche bringen. Wenn selbst eine Schalterdame bei der Sparkasse schon 28 000 bis 35 000 € brutto im Jahr und der Sparkassendirektor zwischen 90 000 und 120 000 € brutto im Jahr bekommt, dann ist so mancher Kunde der Sparkasse eine arme Kirchenmaus dagegen.

Die Bürger haben sicher auch mangelndes Verständnis dafür, dass der ehemalige HRE-Vorstandsvorsitzende Georg Funke seine vertraglich zugesicherte Pension von 560 000 €, also monatlich 46 666 € bekommt. Natürlich gibt es in den Banken und Konzernen auch noch höhere Pensionsansprüche. Dafür wird Sondervermögen gesichert zurückgestellt. Ein Bankvorständler bekommt bis zum Lebensende fast seine Vorstandsbezüge weiter. Millionen fließen da jährlich pro Person. Ex-Bundesfinanzminister Hans Eichel will nun zu seiner Pension als ehemaliger Bundesminister und Bundestagsabgeordneter von 8 200 € zusätzlich 6 350 € Pension aus seiner Zeit als Beamter und OB in Kassel. Er strebt also eine monatliche Rente von 14 550 € an. Die Masse dagegen hat nichts als Schulden und wackelige Arbeitsplätze. Von solchen Pensionen kann der kleine Mann nur träumen.

Nur 27 Millionen haben in Deutschland noch einen Vollzeitarbeitsplatz und 22,6% von ihnen sind schon im Niedriglohnbereich. Niedriglohn bei Vollzeit bedeutet in Westdeutschland 1 890 € brutto, im Anschlussgebiet 1 379 € brutto. Eine akademische Hilfskraft mit Fachschul- oder Bachelorabschluß an der Universität Erfurt bekommt 7,14 €, Diplomierete oder höher Graduierte bekommen zwischen 9 und 13 € an Thüringer Hoch- oder Fachschulen. Fast jeder Bauarbeiter, auch Ungelernte, bekommt mehr. Ein Maurer oder Zimmermann bekommt 15 €. Ein LKW-Fahrer im Fernverkehr aus Sachsen bekommt 986 € netto plus 240 Auslöse. Einmal Duschen auf der Raststätte kosten 5 € und das Schnitzel 15 €! Nur mal so paar Zahlen zur Lage.

Deutschland ist in den letzten 20 Jahren schrittweise zum Niedriglohnland geworden. Und nun kommen neue Schuldenberge und ein Wirtschaftsabschwung 2012. Panisch spricht man in der CDU nun von Mindestlöhnen. Die sollen natürlich unterhalb der Armutsgrenze liegen. Na ja, die Internationale Arbeitsorganisation prognostiziert soziale Unruhen in den europäischen Kernländern. In einem Land wie Deutschland, dass über zwanzig Jahre zu einem Niedriglohnland umgebaut wurde, werden die im Wohlstand absinkenden Bürger immer weniger Verständnis für ungerechtfertigt hohe Einkünfte, große Pensionen und angemäße Privilegien haben. Da wird auch nicht helfen, dass in den Medien immer wieder der faule, saufende, qualmende und unhygienische Hartz IV-Empfänger mit seiner Schlampe und seinen halbdebilen Bälgern vorgeführt wird. Leider sind wohl 1 % der Hartzis wirklich so und jeder kennt auch einen oder hat davon gehört.

Wenn laut einem UN-Bericht 2009 aber weltweit 1 130 Mrd. € Schwarzgeld, also drei Prozent der Wirtschaftsleistung gewaschen worden sind, dann würde das für Deutschland etwa 70 Mrd. € Schwarzgeld ausmachen. Wer soll denn das waschen, außer Banken. Gewaschenes Geld ist nicht mehr schwarz und fließt in die Wirtschaftskreisläufe oder die Spekulation. Die Deutschen haben nach Schätzung der Steuerfahndung aber auch noch 480 Mrd. Euro aus Steuerhinterziehung ins Ausland verbracht. Da wird kaum ein Hartz IV-Bezieher dabei sein. Es dürften die Besserverdienenden gewesen sein. Kriminell oder zumindest amoralisch sind auch die Unternehmer, die seit Einführung von Hartz IV durch Niedrigstlöhne einen Gewinn von 50 Mrd. € gemacht haben. Die Solidargemeinschaft musste den „Aufstockern“ den von Unternehmern vorenthaltenen Lohn bis zum physischen Existenzminimum ergänzen. Und das waren eben bis jetzt über 50 Mrd. Euro.

Abgestumpft und desorientiert schluckt der mündige Bürger bis jetzt jeden Skandal. Skandal ist normal, viele Skandale sind normaler. Doch nun bewegt sich was. In den USA organisieren sich die geistigen Hinterweltler und Evangelikalen als Tea-Party-Bewegung. Zum anderen gibt es die Occupy-Aktionen gegen die Banken in der westlichen Welt. Das sind spontan begonnene Bewegungen gegen die Auswüchse des Finanzsystems und wie immer tanzen auch alle politisch oppositionellen und esoterischen Randgruppen mit. Das bringt den nötigen Schuss Irrationalismus hinein, der Erfolge verhindert. In der westlichen Welt gibt es derzeit keine wirkliche und vernünftige Opposition. Und bildet sich eine Opposition, dann wird sie wieder eingefangen und läuft leer. Bisher. Doch diesmal ist die Krise groß und sie wird letztlich riesengroß. Deshalb ist die ganze Geschichte offen. Bisher hat noch keiner das Schwert auch nur gezückt, um den Gordischen Knoten zu zerhauen.